

Erfurter Allgemeine

02. Juli 1993

Größer gewordene Stadt, kleinerer Einkaufspark

Rat: Nur ein „geschrumpftes“ Gewerbegebiet Egstedt

ERFURT. Mit 81 von 107 abgegebenen Stimmen stimmten die Ratsmitglieder in den gestrigen späten Abendstunden bei der Stellungnahme zum Gewerbegebiet Egstedt/Waltersleben dafür, die Empfehlung des Landesstrukturausschusses von 10 000 Quadratmetern Verkaufsfläche (3000 Quadratmeter „zentramsrelevant“) zu unterstützen. Dem Bebauungsplan Nummer 1 der Gemeinden Egstedt und Waltersleben wurde also nicht uneingeschränkt zugestimmt. Gegen eine vom Investor geforderte größere Handelsfläche im Gewerbegebiet führten fast alle Fraktionen noch einmal zwingende Argumente ins Feld. Beispielsweise der zu erwartende und auf den jetzigen Straßen nicht mehr zu verkraftende Verkehr. Oder die „Abschöpfung“ der Kaufkraft in der Innenstadt, das „Sterben“ von Arbeitsplätzen in der Stadt und Umweltbelange in diesem sen-

siblen Areal um Erfurt. Das Argument der 5000 Arbeitskräfte wurde zwar akzeptiert. Doch, so informierte Alfred Müller (SPD), in Gesprächen mit dem Investor habe es keinerlei Arbeitsplatzgarantie gegeben.

Gerade weil es aber keine Alternative für Arbeitsplätze gäbe, sprach sich Wolfgang Mühle (PDS) für eine andere Variante aus. Nämlich, dem Einkaufs- und Gewerbepark mit der Empfehlung des Hauptausschusses vom November 1992 (33 000 Quadratmeter Verkaufsfläche, davon 6000 zentrumsrelevant) zuzustimmen. Erich Riethmüller (CDU) stand mit seiner Meinung, dem ausgelegten Bebauungsplan mit einem tragbaren Kompromiß vom Landesverwaltungsamt für die Handelsflächen zuzustimmen (Variante 3), ziemlich alleine. Den mehrheitlich favorisierten Beschluß hielt nicht nur Wirtschaftsausschußvorsitzender Herbert Rudovsky

(FDP), für eine saubere Lösung. Die hat man sicher, wenn der Investor die vorher dem Rat schriftlich mitgeteilte Aussicht, bei Nichtzustimmung der Variante 3 seine 500-Millionen-Investition zurückzuziehen, wahr macht.

Ein weiterer Beschlußpunkt war die Gebietsreform. Der Rat stimmte mit großer Mehrheit für die Eingliederung von Mittelhausen, Stotternheim, Schwerborn, Kerspleben, Viesselbach, Linderbach-Azmannsdorf, Bübleben, Niedernissa, Windischholzhausen, Egstedt, Waltersleben, Molsdorf, Ermstedt, Frienstedt, Alach, Töttelstedt, Tiefthal und Kühnhausen. Außerdem sah der Rat die zusätzliche Eingliederung von Ingersleben als notwendig an und beauftragte den OB, mit eingliederungswilligen Gemeinden wie Riethnordhausen Gespräche für einen entsprechenden Vertrag zu führen.

Katrin MÜLLER